

Gegen die Armutsfalle

Problemfall Sozialhilfe: Das Bürgergeld könnte die bisherigen Sozialleistungen ersetzen

Gesundheitsminister Horst Seehofer will das System der Sozialhilfe nach altem Muster reformieren. Der Druck auf Arbeitslose und sozial Schwache steigt – als gäbe es in Deutschland nicht einen Mangel an rentablen Arbeitsplätzen, sondern nur Millionen von Drückebergern und Schnorrern.

Daß es auch anders geht, zeigen Kommunen wie Bremen, Pforzheim, Hamburg oder Saarbrücken, die unter dem Zwang hoher Ausgaben für Sozialhilfe originelle Konzepte für Arbeitslose entwickelt haben.

werk. Schon nach drei bis vier Monaten sind die eingesparten Leistungen höher als die Prämie.

Ebenfalls aus den Niederlanden kommt ein Konzept, das einige Städte in Nordrhein-Westfalen erproben: Auf Langzeitarbeitslose spezialisierte Zeitarbeitsfirmen suchen befristete Stellen, in der Hoffnung, daß sich daraus feste Stellen ergeben. In Holland vermittelten solche Agenturen bereits 200 000 Arbeitslose.

Mit Lohnsubventionen verhelfen die Städte Pforzheim und Saarbrücken Sozialhilfeempfängern zu neuen

Doch das alles sind kleine Notbehelfe, weil eine grundlegende Reform ausbleibt. Viele Experten empfehlen als Alternative zum bisherigen System staatliche Zuwendungen, das sogenannte Bürgergeld, manchmal auch Negativsteuer genannt.

Dabei soll statt des bisherigen Sammelsuriums an staatlichen Sozialleistungen nur noch ein Betrag ausbezahlt werden. Die Finanzämter sollen nicht nur abkassieren, sondern auch auszahlen: Wer viel verdient, zahlt Steuern wie bisher. Wer kaum etwas einnimmt, dem stockt der Staat das Einkommen auf.

Das Grundprinzip ist also ähnlich wie beim Pforzheimer Modell: Für Geringverdiener blieben Nebenjobs attraktiv, weil Einnahmen daraus nicht komplett angerechnet würden. Der Frankfurter Volkswirtschaftsprofessor Joachim Mitschke will beispielsweise die Nettolöhne nicht voll, sondern nur zur Hälfte vom Bürgergeld abziehen.

Außerdem soll das Bürgergeld die vielen Einzelleistungen für Bedürftige ersetzen. Jeder unterhalb einer fixierten Einkommensgrenze hätte automatisch Anspruch auf die Staatshilfe.

Genau vor dem Wegfall von Sonderregelungen warnen jedoch Sozialpolitiker. Zwischen Gesunden und Behinderten oder Singles und Familien müsse auch in Zukunft unterschieden werden. Doch mit zu vielen Ausnahmen verliert die Bürgergeld-Idee ihren Charme.

Auch die Vergabe an jeden, der unterhalb einer Einkommensgrenze liegt, hat Nachteile. Die meisten Bürgergeld-Konzepte sehen nicht vor, daß insgesamt mehr Geld für Sozialleistungen zur Verfügung steht. Deshalb würde der Bezieherkreis größer als im bisherigen Sozialsystem, von dem nur diejenigen profitieren, die ihren Bedarf nachweisen.

„Der Topf wird an mehr Bezieher ausgeschüttet als heute“, warnt Andrea Fischer, sozialpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag. „Die Folge ist, daß der Arme am Ende zu wenig zum Leben hat, der Wohlhabende aber noch ein nettes Zubrot bekommt.“



Sozialamt (in München): Extra-Einnahmen werden abgezogen

Die Stadt Hamburg hat Ende vergangenen Jahres eine holländische Firma engagiert, die für Sozialhilfeempfänger neue Stellen sucht. Die fünf Vermittler von „Maatwerk“ (deutsch: Maßarbeit) fahnden nach Gesprächen mit den Arbeitssuchenden bei Hamburger Firmen nach geeigneten Jobs – nach Ansicht des Leiters Jos Berends eine Marktlücke in Deutschland.

Für jeden Sozialhilfeempfänger, der mindestens sechs Monate in einem neuen Job unterkommt, zahlt das Sozialamt 4000 Mark an Maat-

Jobs. Ziel der Lokalpolitiker war es, etwas gegen die sogenannte Armutsfalle zu unternehmen, die viele Arbeitslose davon abhält, neue, schlechtbezahlte Jobs anzunehmen.

Wer Sozialhilfe bezieht und ein paar Stunden nebenher arbeitet, hat davon bislang kaum finanzielle Vorteile: Extra-Einnahmen ziehen die Ämter von der Sozialhilfe ab; außerdem sind Sozialabgaben fällig.

Nicht so in Pforzheim, wo die Stadt ein Jahr lang weiter Geld zahlt. Die Höhe hängt dabei vor allem vom Familienstand ab.